

Wachstumskritik im Wandel

Ökologischen Anstand üben

Der Diskurs um die Ökologische Ökonomik hat sich zwar weiterentwickelt und ausdifferenziert, steckt aber in mancher Sackgasse fest. Derweil erproben immer mehr Menschen in sozialen Experimentierräumen neue Handlungsmuster und fordern damit die mikroökonomische und kulturwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung heraus.

Von Niko Paech

— Innerhalb der ökonomischen Theorie gilt Herman E. Daly als einer der wichtigsten Pioniere des wachstumskritischen Denkens. Mit seiner epochalen Monographie „Steady State Economics“ von 1977 bahnte er der Ökologischen Ökonomik den Weg, die fortan als Kontrapunkt zur neoklassisch orientierten Umweltökonomik in Erscheinung trat.

Die Rolle der Natur als entscheidender Produktionsfaktor werde von der neoklassischen Ökonomik vernachlässigt, beklagt Daly im Jahr 2000 in seinem viel beachteten Beitrag in der *politischen ökologie*. (1) Während auf mikroökonomischer Ebene eine Obergrenze für die optimale Größe einer Organisation existiere, die sich aus einer Abwägung zwischen dem Nutzen und den Kosten weiteren Wachstums ableite, fehle dieses Regulativ für die gesamtwirtschaftliche Dimension. Die Kosten des Wachstums schlügen sich als Naturverbrauch nieder, der jedoch keinen Preis habe und somit als Kostenfaktor schlicht ausgeblendet werde. Das resultierende Zielsystem, an dem sich die Politik orientiert, zumeist verkörpert durch das Brutto-

inlandsprodukt (BIP), kenne somit keine Obergrenze. Dies laufe, so Daly, auf ein unwirtschaftliches Wachstum hinaus, weil die Wirtschaft über eine optimale Größe hinaus expandiere.

Nicht nur Daly, sondern vor ihm bereits William Nordhaus und James Tobin sowie etwa zeitgleich Roefie Hueting und später beispielsweise Hans Diefenbacher und Roland Zieschank (2), um nur einige zu nennen, haben alternative Wohlfahrtsmaße vorgeschlagen, in die der Naturverschleiß sowie andere Kosten des Wirtschaftswachstums einfließen. Allerdings wird das makroökonomische Kalkül damit lediglich notdürftig repariert, indem ihm eine Kostenseite hinzugefügt wird. Wirksam werden könnte dieses Vorhaben ohnehin nur, wenn es als Richtschnur für die Wirtschaftspolitik akzeptiert würde, was noch nirgends auch nur annähernd der Fall war. Hinzu kommt, dass eine makroökonomische Steuerbarkeit des Wachstums angesichts des zunehmenden Globalisierungsgrades immer fraglicher wird. Und selbst wenn obige Bedingungen erfüllt wären, stünde in Zweifel, ob dieses Zielsystem nach Erreichen einer optimalen Größe tatsächlich einen Wachstumsstopp implizieren würde.

Mehr als ein Marktversagen

Die hierbei bemühte Logik entspricht jener des vorherrschenden wohlfahrtsökonomischen Paradigmas, das von Arthur Cecil Pigou 1920 entwickelt wurde. (3) Dieser hatte dafür plädiert, dem Nutzen einer wirtschaftlichen Aktivität nicht nur die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen, sondern auch die externen, also sozialen und ökologischen Kosten gegenüberzustellen, um so ein effizientes Belastungs- oder Verschmutzungsniveau ermitteln zu können. Ein solches Niveau wäre dann erreicht, wenn der Nutzen einer zusätzlichen Ausbringungseinheit nicht mehr höher ist als die damit verursachten Kosten – inklusive aller externen Komponenten. Unter plausiblen Annahmen über den Verlauf der relevanten Nutzen- und Kostenfunktionen liegt dieses Optimum nie am Nullpunkt. Diese Abwägung führt somit zur ökonomisch begründbaren Inkaufnahme eines bestimmten als effizient deklarierten Schadensniveaus. Damit wird der Anwendungsbereich ökonomischer Rationalität zwar ergänzt, nicht aber infrage gestellt. Die ohnehin nur graduelle Eindämmung nicht intendierter Nebenwirkungen wird einer Abwägung anheim gestellt, in die

beliebige subjektive und kulturelle Präferenzen einfließen. Dies erfolgt entweder über eine dezentrale Korrektur des Marktmechanismus, indem die externen Kosten eingepreist werden, oder über eine zentrale Steuerungsinstanz, die gemäß des erweiterten Nutzen-Kosten-Kalküls entsprechende Anpassungen durchsetzt. Diese einleuchtende und oft geforderte Beseitigung eines Systemfehlers wird dem Problem aus mindestens folgenden Gründen nicht gerecht.

1. Der Externalisierungsdiskurs wurde bislang immer unter der Annahme geführt, die Umweltschäden des modernen Industriesystems seien prinzipiell vermeidbar, wenn nur »bessere« Substitute, Technologien, Institutionen und Organisationsstrukturen angewandt würden. Was aber, wenn ausgerechnet für die ökologisch ruinösesten Praktiken (z.B. Smartphones, Flugreisen, Autos) keine Alternativen existieren, die nachhaltiger sind und aus Verbrauchersicht als funktional gleichwertig akzeptiert werden? Dann verblieben nur Verbote, Limitationen oder prohibitiv hohe Preise, die aber verteilungspolitisch als inakzeptabel gelten und keine demokratische Mehrheit finden.

2. Da auch alle schädlichen Aktivitäten einen ökonomischen Nutzen erzeugen – andernfalls würden sie wohl kaum stattfinden – und Umweltschutz kostenträchtig ist, resultiert das oben skizzierte Abwägungsproblem. Folglich lässt sich mit Hilfe der Theorie externer Effekte rechtfertigen, was die Politik alltäglich praktiziert: Ökologisch noch so desaströse Handlungen werden damit begründet, dass die daraus erwachsenden Vorteile und Chancen eben höher als die Umweltschäden zu bewerten seien. Im Zweifelsfall wird argumentiert, dass die Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft auf dem Spiel stünde oder Arbeitslosigkeit drohe. Der ökonomische Nutzen oder die sozialpolitische Notwendigkeit jeglicher Eingriffe in die Natur können schon durch pure Spekulation willkürlich hoch veranschlagt werden. Folglich existiert keine Obergrenze für die als »effizient« begründbare ökologische Zerstörung: Ein politisch oder kulturell beliebig aufblasbarer Zweck heiligt die Mittel.

3. Wachsenden Wohlstand um negative Externalitäten bereinigen zu wollen, läuft darauf hinaus, lediglich die ökologischen Details eines ansonsten nicht hinterfragten Industriesystems zu optimieren. Unschwer erkennbar wird damit ein Steuerungsoptimismus, der eine schonungslose, jedoch überfällige Reflexion moderner Industrie- und Konsumgesellschaften verhindert. Die entscheidende Frage wagt in-

des niemand zu stellen: Wie hoch wäre der nach Abzug oder Korrektur aller – nicht nur »effizienter« – Umweltschäden verbleibende, also plünderungsfreie Überschuss der industriellen Produktionsweise?

Externe Effekte sind nicht nur eine Nebenfolge des industriellen Wohlstandszuwachses, sondern dessen Voraussetzung. Sie sind ähnlich einem nicht zu substituierenden Produktionsfaktor unabdingbar für das Güterwachstum. Mit anderen Worten: Wenn es nicht mehr möglich wäre, ökologische Schäden zu externalisieren, verlöre das Industriesystem seine Basis. Bei konsequenter Vermeidung externer Effekte verbliebe als ökonomischer Überschuss kaum mehr als das, was in spätromantischen Agrar- und Handwerker-gesellschaften erzeugt werden konnte. So ehrlich, dies endlich einzugestehen, sollte die Nachhaltigkeitsforschung schon sein.

Dröhnendes Problembewusstsein reicht nicht mehr

Je bedrohlicher die Knappheit an Umweltressourcen wird und je hoffnungsloser die Versuche sind, die Ökosphäre mittels innovativer Substitute zu entlasten („Green Growth“), desto unausweichlicher werden Verteilungsfragen. Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, sich zweitens industrieller Wohlstand nicht von ökologischen Schäden entkoppeln lässt, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit einziehen soll, muss eine Obergrenze für den von einem einzelnen Individuum beanspruchten materiellen Wohlstand existieren. Diesen Befund über den Umweg einer makroökonomischen Steuerung verarbeiten zu wollen, endet in einer Sackgasse.

Denn wo die Entkopplung des Wohlstandes versagt, enden auch die Gestaltungsspielräume einer Nachhaltigkeitspolitik, die dann logischerweise nur in Einschränkungen des Konsums und der Mobilität bestehen könnte, was wiederum eines demokratischen Votums bedürfte: Eine Bevölkerungsmehrheit, die ökologisch weit über ihre Verhältnisse lebt, müsste den eigenen Lebensstil abwählen. Folgerichtig hat sich eine Blockade verfestigt, die von einem *Advocatus Diaboli* nicht perfekter ersonnen werden könnte: Über alle Interessengruppen und Parteigrenzen hinweg (mit Ausnahme der AfD) erschallt dröhnendes Problembewusstsein, aber zugleich wird der Vorbehalt reklamiert, dass jeder Wandel erstens nur durch politische Rahmenbedingungen einzuleiten sei, somit von Wählermehrheiten abhängig ist, und

zweitens keine unsozial erscheinenden Wohlstandsverluste verursacht werden dürfen, was einem Blankoscheck für jedes Veto entspricht.

Hier rächt sich, dass die Nachhaltigkeitsforschung die mikroökonomische Dimension des Wandels weitgehend wie eine Blackbox behandelt. So werden fortlaufend makroökonomische Stellschrauben oder Anreizsysteme empfohlen, aber die auf individueller Ebene auszulösenden Reaktionen offen gelassen. Diese ergäben sich ganz von selbst, heißt es mit liberalem Gestus, nämlich als nicht vorwegzunehmende Anpassung der Gesellschaft, sodass die aggregierte Umweltbelastung schon irgendwie sinken werde. Ein derart unterkomplexes Reiz-Reaktions-Schema lässt sich nur aus der Green-Growth-Perspektive rechtfertigen, nämlich damit, dass eben nicht Menschen, sondern technologische Innovationen für die ökologische Entlastung zuständig sind.

Allerletzte Chance nutzen

Wenn aber die technologische Entkopplung versagt, können es nicht effiziente Maschinen, sondern menschliche Subjekte sein, von denen die Anpassungen zu erwarten wären. Die nötigen Veränderungen mögen zwar eine gewisse Vielfalt, aber eben nicht Beliebigkeit an Lebensführungen und Handlungsoptionen beinhalten, die mit einer sozial gerechten, also global übertragbaren individuellen Ökobilanz vereinbar sein könnten. Wer meint, der Gesellschaft eine Antwort auf die Frage vorenthalten zu können, welche Lebensstilausformungen dann noch möglich sind, unterstellt unmündige Bürger(innen). Obendrein wird von diesen erwartet, sich auf eine Transformation einzulassen, deren Folgen für ihre eigene Lebenssituation einer Wundertüte gleicht. Vor allem aber wird damit die Chance vereitelt, jene zu adressieren und zu ertüchtigen, die willens sind, das nötige Transformationspotenzial autonom in Nischen aufzubauen.

Der rasende Stillstand kann nur von funktionalen Eliten überwunden werden, die den Betriebsablauf der Wachstumswirtschaft stören, indem sie unabhängig von technischem Fortschritt und parlamentarischen Mehrheiten agieren. Indem Subkulturen entstehen, aus denen sich postwachstumstaugliche Lebensstile und Versorgungsformen entwickeln, werden »lebende Kommunikationsinstrumente« erschaffen. Sie konfrontieren eine öko-suizidale Lebensweise mit Alternativen und delegi-

timieren sie damit. Aufbegehrende, sich dem Steigerungswahn verweigernde Minderheiten können zwar weder Wahlen gewinnen noch Märkte erobern. Aber sie können in sozialen Experimentierräumen neue Handlungsmuster erproben, die sich durch soziale Interaktion verbreiten lassen. Das hierzu nötige zivilgesellschaftliche Engagement nutzt die demokratische Freiheit, auch ohne externen Druck oder »Anreize« ökologischen Anstand zu üben, um die Systemlogiken einer im Untergangsmodus verharrenden Gesellschaft eigenverantwortlich zu durchbrechen. Die Praktiken und sozialen Kontexte derartiger Störenfriede fordern die mikroökonomische und kulturwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung heraus, denn in ihnen liegt noch eine Chance, nämlich die allerletzte. ———

Anmerkungen

- (1) Daly, H. E. (2000): Unwirtschaftliches Wachstum. Einige Bemerkungen über Wirtschaftstheorie und Globalisierungspraxis. In: politische ökologie (Bd. 66): Jenseits des Wachstums. München, S. 15-19.
- (2) Nordhaus, W. D./Tobin, J. (1972): Is Growth obsolete? In: Economic Research (5): Retrospect and Prospect: Economic Growth. S. 1-80.
- Hueting, R. (1974): Nieuwe Schaarste en Economische Groei. Amsterdam/Brüssel.
- Hueting, R./de Boer, B. (2019): National Accounts and environmentally Sustainable National Income. Utrecht.
- Diefenbacher, H./Zieschank, R. (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München.
- (3) Pigou, A. C. (1920): The Economics of Welfare. London.



Was machen Sie morgen definitiv anders als heute?

Mehr schlafen und konzentrierter Zuhören.

Siegen. Der Bestseller-Autor („Befreiung vom Überfluss“) gilt als einer der wichtigsten Vordenker der deutschsprachigen Postwachstumsbewegung.

Kontakt

apl. Prof. Dr. Niko Paech
Universität Siegen
Plurale Ökonomik
E-Mail niko.paech@uni-siegen.de

Zum Autor

Niko Paech, geb. 1960, ist Wirtschaftswissenschaftler und Nachhaltigkeitsforscher, tätig als Hochschullehrer an der Universität